

Der Abonnementspreis der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Bezugsbezirk von Frankfurt a. M. 2. 30 fr. — 2) in dem Königreich Württemberg, den Hohenzollern'schen Fürstenthümern und dem Canton Schaffhausen 2. 45 fr. — 3) in Wimpfen 2. 38 fr. und 4) in den übrigen Ländern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Verwaltungsbereichs 2. 30 fr. — Alle Postämter des In- und Auslandes nehmen Bestellungen an; für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder: G. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und derselbe in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 28. — Die Inseratgebühren betragen für die Zeile (1/4 Brette) mit Petitsschrift oder deren Raum 8 fr.



Inserate für die Oberpostamts-Zeitung beliebe man an die Redaktion dieser Zeitung zu adressiren. Für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder nimmt Inserate an: G. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 28.; in Deutschland: 1) Dr. Hammerich in Wien, Landstraße Nr. 386; 2) das Comptoir der Verlagsbuchhandlung von L. Weyl u. Comp. in Berlin, neue Friedrichstraße Nr. 78a.; 3) Hofcommissär G. Florey in Leipzig; 4) Oberpostsecretär Herrfeldt in Hamburg; 5) Oberpostsecretär Du Roy in Bremen.

# Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

## Inhalt.

**Die österreichische Note.**  
**Deutschland.** Frankfurt (Die deutsche Verfassung und die österreichische Note. Nachtrag zum 169. Sitzungsbericht der Reichsversammlung). Wien (Gerichte. Die Emancipation der Juden. Die neue Antike). Innsbruck (Protest gegen die Theilung Tirols). Vor Benedig (Bombenballon. Truppenverfahrungen. Abini. Wahlen in die Nationalversammlung). Posen (Die Demarcation und ihre Konsequenzen. Wahlen). Leipzig (Eine thüringische Konferenz). Stuttgart (Aus der zweiten Kammer). Worms (Antwortschreiben des Reichsministers Heinrich Gagern auf die an ihn ergangene Vertrauensadresse).  
**Italien.** Benedig (Ankunft des Admirals Abini. Wahlen). Neapel (Eröffnung der Kammer).  
**Frankreich.** Paris (Die fünfprocentige Rente. Ausweitung der deutschen Demokraten. Rundgebungen der Pariser. „Le Peuple“ in Belgien genommen).  
**Großbritannien.** London (Vorschritt für Deputationen. Die Bank. Parlament).  
**Nachschrift.**  
**Börsenberichte.**

## Amtlicher Theil.

Der Reichsminister des Handels hat mich davon benachrichtigt, daß die in Folge des Beschlusses vom 13. November vorigen Jahres in Wirksamkeit getretene technische Marinecommission die ihr zur Verathung gestellten Aufgaben erledigt und ihre Thätigkeit mit ihrer Sitzung vom 8. dieses Monats geschlossen habe.

Ich entledge mich der angenehmen Pflicht, den Mitgliedern dieser Commission meine volle Anerkennung und meinen warmen Dank für den patriotischen Eifer und für die Umsicht, mit welcher sie sich der ihnen gestellten Aufgabe gewidmet haben, hierdurch auszusprechen, und vertraue, daß das große Werk, zu dessen Begründung sie so kräftig mitgewirkt haben, ferner zum Glücke und zur Ehre des Vaterlandes wachsen und gedeihen möge.

Frankfurt a. M., den 11. Februar 1849.

Der Reichsverweser **Erzherzog Johann.**

Der Reichsminister des Handels: **Ducwig.**

## Nichtamtlicher Theil.

### \* Die österreichische Note. \*)

Eine flüchtige Vergleichung der österreichischen Note mit der preussischen veranlaßt uns vor einigen Tagen zu der Aeußerung, wie der Hauptunterschied zwischen beiden darin bestehe, daß die preussische sage, was das Cabinet zu Potsdam wolle, und die österreichische, was das Cabinet zu Olmütz nicht wolle.

Eine genauere Prüfung führt nun zu dem Resultate, daß die kaiserliche Regierung das nach innigerer politischer Eini-gung ringende Nationalgefühl und das Verlangen nach einer zeitgemäßen Umgestaltung der staatlichen Verhältnisse des Vaterlandes als berechtigt anerkennt, und in einem engeren Ver-bande der einzelnen Staaten die erste Bedingung zur Erfüllung dieses Bedürfnisses erblickt, in der That aber dieses Na-tionalgefühl und dieses Verlangen damit befriedigen zu können glaubt, daß die geeigneten Formen zur Erreichung der Bundeszwecke, wie sie in der Acte von 1815 gesetzt und in der Wiener Schlußacte genauer angegeben waren, auf-gefunden und deren Vollzug besser als bisher sicherge-stellt werde.

Als Zweck des deutschen Bundes war in Art. II der Bundesacte die Erhaltung der äußeren und inneren Sicher-heit Deutschlands und der Unabhängigkeit und Unverletz-barkeit der einzelnen Staaten bezeichnet.

Die Wiener Schlußacte, indem sie denselben Zweck mit denselben Worten in Art. I als die Aufgabe des Bundes aufstellte, beseitigte die von dem Streben der Deutschen nach staatlicher Einheit eingegebenen Zweifel über die Na-tur der Verbindung, indem sie dieselbe ausdrücklich einen völkerrechtlichen Verein nannte, alle Abänderungen der be-stehenden Grundgesetze und alle organischen Einrichtungen, als Mittel zur Erfüllung der Bundeszwecke, vom freien Einverständnis aller Bundesglieder abhängig erklärte (Art. XIII), die einzelnen Bevollmächtigten am Bundes-tage unbedingt an die Instruktionen ihrer Committenten band (Art. VII) und die in Art. XIX der Bundesacte er-öffnete Aussicht auf Erweiterung des Bundeszwecks in Förderung der materiellen Wohlfahrt durch stillschweigende Uebergabe, und andererseits feste Begrenzung der Bun-desaufgabe vereitelte.

\*) Die Redaktion der D.P.A. hat auch dieser Stimme ihre Spä-ten nicht verschließen mögen, erklärt sich jedoch auch bereit, Erörterun-gen aus andern Standpunkte aufzunehmen. Red. d. D.P.A.

Die Erhaltung der äußeren und inneren Sicherheit, letz-tere in der weitesten, durch die bekannten Karlsbader Be-schlüsse und Wiener Ministerialkonferenzen präcificirten, der Entwicklung des constitutionellen Lebens in den Einzel-staaten feindlichen Bedeutung, ist der Kern und die Devise der bis zum März unangefochten bestandenen Verbin-dung: diese selbst mit ihren Grundgesetzen die Basis, von welcher die kaiserliche Regierung ausgeht.

Wenn dieselbe nun der Meinung ist, daß dieser Verband enger gezogen werden müsse, so ist dies etwas, was auch in früherer Zeit öfter zu vernehmen gewesen, und was jetzt, wie damals, durch Aenderung in dem Stimmenver-hältniß, durch permanente Volksgemeinschaften und An-ordnungen wohl erreicht werden kann. Eine Eintheilung in Reichskreise, eine Prävalenz der königlichen Bundesgenossen — Dinge, von denen auch jetzt die Rede — können dieses Ziel erreichbar machen, und somit die Erhaltung der äus-seren und inneren Sicherheit in höherem Grade ver-bürgen.

Aber man würde sehr irren, wenn man annähme, daß damit das Streben der Nation abzufinden wäre, daß darin das Ringen des Nationalgefühls seine Befriedigung und das Verlangen nach zeitgemäßer Umgestaltung der staat-lichen Verhältnisse seine Genugthuung finde. Wenn etwas an dem dahin geschiedenen Bundestage der Nation zum Wohlgefallen gereichte, so war es gerade seine mangelhafte Organisation: ohne diese würde der Keim von National-leben, der sich in die Particularstaaten geflüchtet hatte, und dort seine Existenz gegen die Tendenzen des Bundes vertheidigte, ohnfehlbar getödtet worden sein.

So hat auch wohl nie ein Volk seine Aufgabe verstan-den, daß seiner Nationalität mit der Sicherung nach Au-ßen und im Innern genug gethan werden könne. Die erste hat uns von 1815 an nur sehr ungenügend, die letzte war im Grunde nur die Handhabe zur Durchführung von Plänen und Principien, die das Volk verwarf. Es ist fürwahr das Geringste, was wir erwarten können, daß die äußere Sicherheit, die auch in der äußeren Ehre besteht, uns nun-mehr in vollem Maße zu Theil, und das Schild der in-neren Sicherheit nicht mehr mißbraucht werde, um dynasti-sche Tendenzen dahinter zu verstecken, und den Fortschritten des menschlichen Geistes den Krieg zu machen. Aber, was man von einer Volksgemeinschaft schon nach dem Wortver-stande erwartet, ist mit solcher Kargheit nicht abzufinden. Ob wohl die kaiserliche Regierung bei ihren Reconstructionen des Kaiserthums auch nur die gleichmäßige innere und äußere Sicherheit der einzelnen Theile bezieht? Und dort handelt es sich nicht einmal wie bei uns um Theile eines Volks, um Zweige eines Stammes, die durch Sprache, Geschichte, Erinnerungen, Interessen, und bis in die neuere Zeit auch durch Gesetze und Staatsform verbunden und nie völlig getrennt gewesen sind. Wir müßten uns sehr irren, oder die kaiserliche Regierung versteht ihre Aufgabe so, daß sie eine Gemeinschaft der Nationen durch Verbin-dung der materiellen Interessen fördern muß, es liegt in ihrer Absicht, die Zollschranken zwischen den verschiedenen unter dem österreichischen Scepter vereinigten Ländern fallen zu machen, die in den Gesetzgebungen begründeten Unter-schiede früher oder später, aber in consequentem Fortgange, auszugleichen, und damit die Geschichte der verschiedenen Bevölkerungen dauernd zu verbinden, und sie durch die täglichen Beziehungen des Lebens an diese Verbindung zu erinnern. Wir halten dieses Vorhaben für weise, und es ist keine neue Erfindung des jetzigen Cabinets. Während man aber offen sich dazu bekennt, müthet man uns zu, auf dieselben Mittel und auf denselben Zweck zu verzichten, weil und so lange Oesterreich es nicht für angemessen er-achtet, ihn mit uns gemeinschaftlich zu verfolgen. Die Er-weiterung der Interessen gegen die Bestimmung der alten Bundesverfassung und die zu deren Realisirung noth-wendige Form wird Bundesstaat oder Einheitsstaat in der österreichischen Note genannt, und Protest dagegen er-hoben. Das ist nichts anderes als ein Protest gegen die Förderung unserer materiellen Wohlfahrt. Zwar wird die Aussicht eröffnet, daß ein stufenweiser Gang, der mit auf-richtigem Willen sich anzunähern beginne, auch noch zu einem engeren Verbande führen könne, und zwar nicht mit den deutschen Provinzen Oesterreichs allein, sondern auch mit den nichtdeutschen Landesheilen. Die Hindernisse, das gesteht man ein, sollen groß aber doch nicht unüber-steiglich sein. Aber indem diesem Raisonnement die unver-holene Wahrheit zu Grunde liegt, daß ein engerer Ver-band, d. h. eine Verbindung der materiellen Interessen überhaupt nur zwischen dem ganzen Kaiserstaate und dem übrigen Deutschland möglich, dagegen eine Isolirung der deutschen Provinzen von dem übrigen Landesbestande un-thunlich ist, wird uns zugemuthet, mit Förderung unserer materiellen Wohlfahrt anzustehen, bis es Oesterreich zu-träglich sein wird, gemeinsame Sache mit uns zu machen, und ruhig abzuwarten nicht allein bis wann dies gesche-

hen, sondern auch ob es überhaupt nur geschehen könne. Die Bundesacte von 1815 hatte auch einen Blick in das Land der Verheißung eröffnet, der Art. 19 erwähnte nicht der Schwierigkeiten, welche den Erleichterungen des Han-dels und Verkehrs entgegen traten, und indem er diese Angelegenheit als die erste zur Vornahme der Bundesver-sammlung bezeichnete, hat er wohl die Hoffnung erregt, daß er eine Wahrheit werden könne. Er hat so gut wie nicht in der Bundesacte gestanden und ist, als man sich nicht scheute den Bundesstaat zu einem Staatenbunde und diesen zu einer großen Polizeianstalt zu machen, in der Wiener Schlußacte so gut wie gestrichen worden. Damals konnte immer nur an Bundesländer gedacht werden. Und jetzt, wo der unübersteiglich scheinenden Schwierigkeiten selbst erwähnt wird, wo die Möglichkeit der Erfüllung von der auch nur in langsamem Vorschritte erreich-baren allmähigen Umformung aller Länder, die in 12,000 Quadratmeilen mit 37 1/2 Millionen Bewohnern den Kaiserstaat bilden, abhängt, jetzt will man mit der Aussicht trösten, daß vielleicht einmal engere Verbindungen mit den deutschen und mit den nichtdeutschen Provinzen Oesterreichs begründet werden könnten; man spricht sich das Recht zu, ohne Weiteres die deutschen Provinzen von dem deutschen Bunde ab und sie als Cement für die Gesamt-monarchie zu verwenden, stellt aber zugleich die Forderung, daß der verbleibende Theil deutscher Völker nun auch nicht seinen Weg gehe, um für seine Nothdurft selbst zu sorgen, so lange und weil Oesterreich ihn absonderrt, sondern die traurige Gegenwart mit Ergebung ertrage.

Die Revolutionen in Deutschland sind weder für die höhere Kräftigung des Staatenbundes gemacht worden, noch bloß die Symptome einer ansteckenden Krankheit gewesen. Sie wa-ren der Schrei einer in ihrem innersten Leben verkehrten Nation, und verlangten einen vollständigen Bruch mit einer unwürdigen Vergangenheit. Die Unwürdigkeit ging so weit, daß man sich schämen mußte, ein Deutscher zu sein, und ebensowenig eine genügende Bezeichnung der Nationa-lität damit geben konnte, wie auf die Frage nach der Lands-mannschaft die Antwort: „Ich bin ein Jude!“ genügen kann.

Die Verarmung, die Rathlosigkeit nahmen aber auch zu, die Unmöglichkeit, fortzueristiren in einem großen Lande, welches eine Menge noch unerschöpfter Schätze und große unbebaute Landstriche hat, erzeugte ein Gefühl des Unbe-hagens und des Bedrohtheits und führte ganz direct zum Mißtrauen gegen die bestehenden Regierungen und ihre Einrichtungen, und entweder zur Auswanderung oder zum Murren und endlich zur Schilderhebung. Die Revolutionen sind von den Theoretikern vielleicht vorbereitet, aber ge-macht hat sie das Volk, genährt hat sie jedes Hinderniß der Erwerbsthätigkeit, des Handels und des Verkehrs.

Es ist wohl in der Ordnung, daß wir bei dem Neubau des Hauses, in welchem wir uns einrichten wollen, auch die Bausteine des vorigen, wie enge und unwohnlich das-selbe gewesen, nicht vergessen; aber es wäre die größte Thorheit, die alten Fehler nicht zu verbessern, und statt des niedrigeren einen solchen aufzuführen, welches wir als-bald verlassen zu müssen uns bewußt sind.

Die Revolution kann nur gebändigt werden, indem man die Ursache entfernt, und zu der gerechtesten Ursache gehört die Versplitterung Deutschlands, der Mangel an wahrer Volksgemeinschaft, die in gegenseitiger Unterstützung in Gewerbe und Absatz besteht. Wenn die neue Verfassung hierin keine Hilfe schaffen sollte, so ist sie todgeboren, oder nicht lebensfähig, und wer uns verbietet sie zur Befriedi-gung dieses Bedürfnisses einzurichten, oder den Rath er-theilt, dasselbe recht lange unerfüllt zu lassen, der muß von besondern Absichten getrieben, oder sehr kurzfristig, oder ein Freund der Umwälzungen sein.

Streng genommen hätte die Sprache der österreichischen Regierung zu der Reichsversammlung etwa wie folgt lau-ten mögen. „Die besondern Verhältnisse des Kaiserstaates fordern gebieterisch, daß die zu Deutschland gehörenden Pro-vinzen vorzugsweise als Verbindungsmittel für die vielen Länder und Völker des österreichischen Kaiserthums dienen. Es ist nicht zu leugnen, daß dieser Beruf sie ihren eigent-lichen Stammesgenossen entfremdet, oder eine so innige Verbindung mit denselben nicht gestattet, als sie durch die Gemeinsamkeit der Abstammung und der Geschichte geboten und von allen Deutschen erstrebt wird. Aber die große Bestimmung, welche Deutschland im Orient zu erfüllen hat, möge über die Fortdauer dieser Trennung trösten, die wir selbst beklagen, und die hoffentlich keine ewige sein wird. Es ist an euch, darein zu willigen. Unterdeß wollen wir die alten Bünde pflegen, das Bewußtsein der wechselseitigen Angehörigkeit wach erhalten und uns eueres Ge-deihens freuen, wenn und so weit es ohne unsere wirksame Theilnahme erreichbar ist.“

Aber der erklärte Wille, die deutschen Provinzen der deutschen Gemeinschaft fern zu halten, ihre Kräfte zu den



eine Menge fremder Völkerschaften umfassenden Zwecken der Krone zu verwenden, und zugleich die Forderung, daß Deutschland sich nun auch nicht nach seinen Bedürfnissen gestalten, sondern ruhig abwarten soll, ob und wann das österreichische Cabinet die Gestattung dem Interesse des Kaiserthums entsprechend finden werde, — das heißt, Gerechtes versagen und Unbilliges begehren.

Während die deutschen Provinzen Oesterreichs vielleicht nach den zu erwartenden Ausgleichungen im Innern des Ländercomplexes in dem geschlossenen Handelsstaate prosperiren können, soll das übrige Deutschland in dem Provisorium zu Grunde gehen, seine Reichsversammlung soll die wichtigsten, allein zur Befriedigung der Volksbedürfnisse ausreichenden Zwecke fahren lassen und einer nach Zuschnitt und Tendenz dem alten Bundestage ähnlichen Institution anheimstellen, ob und wann sie das Zeichen von Oesterreich empfangen werde, daß auch die materiellen Interessen des Volks in Pflege genommen werden dürfen.

Und in derselben Urkunde, worin die Mitwirkung der deutschen Provinzen zu der wahren Gemeinschaft gewiegt, worin eine engere Vereinigung des übrigen Deutschlands untersagt wird, findet sich auch die Erklärung, daß die erste Stelle im Bunde von Oesterreich unverrückt gefordert, und daß nie der Kaiser sich unter die in der Hand eines andern deutschen Fürsten befindliche Centralgewalt ordnen werde.

Nach dem gewöhnlichen Urtheil hat der Würdige den Anspruch auf die erste Stelle: wo Völkervölker zusammengehen, derjenige Stamm, welcher am meisten nützen kann. Daß aber das Stammeshaupt in demselben Augenblicke die Prävalenz verlange, in dem es erklärt, daß sein Stamm einen andern Weg in vorzugsweise fremdem Interesse gehen werde, das muß man erleben, um es zu glauben. Auch dürfen wir wohl daran erinnern, daß Deutschland bis 1806 ein Wahlreich gewesen, daß die Wahlfreiheit auch nach der Thronbesteigung der Habsburger, der sie und Oesterreich ihre Größe verdanken, gelübt worden, daß die deutsche Krone nie das Eigenthum irgend einer Dynastie gewesen, und daß das deutsche Volk bei Gründung der Bundesacte von 1815 nicht befragt, jetzt aber über seine Verfassung zu entscheiden entschlossen ist.

## Deutschland.

**H Frankfurt, 13. Febr.** Ausführlicher ist über den Schluß der gestrigen Sitzung der Reichsversammlung noch zu berichten: Nachdem der Zusatzantrag des Abg. M. Wohl mit 229 gegen 176 Stimmen abgelehnt und die zweite und dritte Alinea des § 46 angenommen worden, lautet der zum Beschluß erhobene § 46 vollständig, wie folgt: „Die Volksvertretung hat eine entscheidende Stimme bei der Gesetzgebung, der Ordnung des Staatshaushaltes, der Besteuerung und das Recht der Initiative bei der Gesetzgebung. Die Minister sind ihr verantwortlich. Die Sitzungen der Landtage sind in der Regel öffentlich. Die regelmäßigen Sitzungen der Landesversammlungen dürfen nicht zusammenfallen mit denen der Reichsversammlung.“ (Zusatzantrag des Abg. Jordan aus Berlin.) Der Antrag auf Vertagung der Sitzung wird angenommen. Der Präsident verkündet, daß die badische Regierung durch ein Schreiben an das Präsidium die Angelegenheit des Abg. Peter urgirt habe; der Präsident will sie auf die nächste Tagesordnung geben. Abg. Kieffer erklärt, daß der Ausschuss seinen Bericht noch nicht beendigt. Abg. Giskra interpellirt den Verfassungsausschuss wegen des Berichtes über das Wahlgesetz. Abg. Waig erklärt, er sei bereits im Drucke. Abg. Vogt will es auf die nächste Tagesordnung. Abg. Biedermaier betrachtet dasselbe als eine ganz unabhängige Sache, die nach der Verfassung zu berathen sei. Abg. Simon von Trier stimmt dem Abg. Vogt bei. Abg. Eisenmann: Das Wahlgesetz gehört zur Verfassung, und müsse vor der zweiten Lesung der Verfassung vorgenommen werden. Abg. Wigard: Man könne nicht wissen, ob nicht allgemeine Bestimmungen des Wahlgesetzes in die Verfassung aufgenommen werden müßten. Abg. Wassermann sieht keinen Unterschied darin, ob man das Wahlgesetz heute oder später berathe. Er glaube nicht, daß man die definitive Feststellung der Verfassung so lange hinausschieben dürfe. Rückhaltsgedanken weise er ab. Man könne Wahlgesetzbestimmungen auch später in die Verfassung aufnehmen. Man möge sich mit der Verfassung eilen, damit nicht die Diplomatie es übernehme, Deutschlands Verfassung zu vollenden. Er trage darauf an, daß die zweite Lesung der Verfassung Montag begonnen werde. Abg. Hermann aus München spricht für die unmittelbare Verathung des Wahlgesetzes. Man habe die Regierungen um das Abgeben ihrer Erklärungen gebeten, unterdessen daß man das Wahlgesetz berathe. Finanzminister v. Bederath: Es sei den Regierungen kein Versprechen gegeben worden, daß unterdessen das Wahlgesetz berathen werde. Das Ministerium habe den versammelten Bevollmächtigten erklärt, daß es keinen Einfluß auf die Verathungen der Nationalversammlung zu nehmen befugt sei. Abg. Siemens will sofortige Verathung. Der Schluß der Debatte wird beantragt und angenommen. Die Versammlung beschließt, daß die Verathung des Wahlgesetzes auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung (Donnerstag) gesetzt werde. (Schluß der Sitzung halb 4 Uhr.)

**Wien, 9. Febr.** Die Besetzung der Kaiserstadt soll verstärkt werden, die Einen sagen um 10,000, die Andern sogar um 30,000 Mann, und zwar Croaten; am 15. Febr., fügen Wohlunterrichtete hinzu, werde dann der Belagerungszustand aufgehoben und der 19. uns mit einer Amnestie beschenken. Auch der Reichstag soll wieder hierher verlegt werden, derselbe Reichstag, von dem man heute nicht weiß, ob er nicht morgen schon prorogirt sein wird. Es sind eben Gerüchte, wie sie auf dem dünnen Boden der Tagesgeschichte aufzuwachen, und was man wünscht, glaubt man. Auch den Kaiser hofft man wieder hierher zurückkehren zu sehen, während doch alle Anzeichen darauf hindeuten, daß das Hoflager noch für längere Zeit in Ulm verbleiben wird. Von Kremsier vernehmen wir heute, daß die Debatte jener Paragraphen der Grundrechte, welche das Verhält-

niss von Staat und Kirche und die Religionsfreiheit betreffen, bis zum 12. Febr. vertagt worden, um zuvor die von verschiedenen Seiten her eingelangten Eingaben und Ansichten des Clerus den Abgeordneten im Druck vorlegen zu können. — Daß der die Emancipation der Juden verkündigende Paragraph der Grundrechte zum Gesetz erhoben werden wird, unterliegt kaum einem Zweifel, und es war kaum nöthig, daß sich Deputationen der Juden aus verschiedenen Provinzen zu diesem Zweck in Kremsier einfanden. Der Reichstag würde ohnehin in ihrem Sinne beschließen, und das Ministerium scheint unbedingt für die Emancipation zu sein; denn es ist gewiß nicht ohne Absicht und Bedeutung, daß in dem Augenblicke, da der Reichstag in Kremsier die Verathung in die Hand nehmen soll, zwei ministerielle Blätter, die „Wiener Zig.“ und der „Lloyd“, in leitenden Artikeln offen und entschieden für die Emancipation der Juden eintreten. Als einen gewichtigen Moment bezeichnet es der „Lloyd“, wenn die Volksvertreter in Kremsier sich von ihren Sigen erheben werden, in einem Augenblicke das Unrecht von Jahrhunderten einzugestehen und zugleich das Unrecht von Jahrhunderten zu jähnen.

Der Zeitpunkt zum Abschlusse des neuen Anlehens rückt immer näher, ohne daß man im Publikum über die Modalitäten desselben bisher etwas Gewisses erfahren hätte. Einstweilen sollen bis zum definitiven Abschlusse des Anlehens 25 Millionen in Centralcassenanweisungen à 3pCt. emittirt werden, welche vorläufig zur Abtragung der neuen 20 Mill. an die Bank bestimmt sein sollen, welche diese zu Ende des vorigen Jahres dem Staate auf ein Jahr zinsfrei vorzuschießen übernommen und auf welche 20 Mill. die Regierung bereits über 11 Mill. behoben hat. Sicherem Vernehmen nach wird das neue Staatsanlehen kein Lotterielehen sein, sondern in 5 und 2 1/2 pCt. Metall. emittirt werden. Wie ich Ihnen bereits vor längerer Zeit schrieb, soll sich nebst Rothschild das Petersburger Haus Stieglitz vorzüglich dabei betheiligen haben, aber auch das Haus Sin a in Wien einen bedeutenden Antheil übernehmen.

**Innsbruck, 6. Febr.** Auf die Nachricht, daß der Reichstag in Kremsier die Abtrennung Wälschtirols beabsichtige, wurde heute in einer Versammlung der Wähler beschlossen, alle deutsch-tirolischen Wahlbezirke zum Beitritt einer Denkschrift an die tirolischen Deputirten aufzufordern, des Inhalts: daß sich, sobald jenes Project beim Reichstage durchginge, die tirolischen Deputirten von dem Verfassungswerke gänzlich zurückziehen sollten. (V. f. T. u. B.)

**Vor Venedig, 31. Jan.** Von dort schreibt man dem „Conf. Bl. a. Böhm.“: Die vielbesprochenen Bombenballons sind keine Erfindung, sondern es wird trotz des mehr als zweifelhaften Erfolges eifrig daran gearbeitet. In und bei Treviso wurden die ersten Experimente gemacht, und die Ballons gingen lustig in die Höhe. Ihre Leier werden über diese complicirte Maschinerie nicht ungern etwas Näheres erfahren. Zuerst ist es ein Aërostat mit der gewöhnlichen Gondel, welche für zwei Personen Raum genug hat, worin sich der electro-magnetische Apparat befindet. Diesen läßt man bis zu einer gewissen Höhe aufsteigen, indem man ihn mit Seilen festhält, damit er wieder an demselben Orte herunterkomme. Von diesem Hauptballon läuft der Draht aus, welcher über die ganze Lagune bis über Venedig sich hinziehen soll, und an dessen anderem Ende sich der Bombenballon befindet. Damit aber der Draht in seiner ungeheuren Länge (beinahe eine deutsche Meile) nicht unter der eigenen Last breche, werden an demselben in angemessenen Zwischenräumen andere 2 bis 3 kleinere Ballons angebracht, welche denselben in der Höhe erhalten sollen. An dem Endballon sind etwa 12 Bomben befestigt welche aber von geringer Dimension sind, indem jede höchstens 20—25 Pfund wiegt. Wenn nun diese Bomben die Luftreise über die Lagune glücklich überstanden haben, und sich über den Häusern Venedigs befinden werden, (was nur bei vollkommen günstigem Winde möglich ist) wird man sie vom Hauptballon aus mittelst der galvanischen Batterie anzünden, wo sie dann hinunterfallen und im Innern der Stadt zerplagen sollen. Diese Operation muß jedesmal erneuert werden, was eine geraume Zeit erheischt; und wendet sich indessen der Wind, dann ist die ganze Mühe fruchtlos. Aus dem Ganzen ergibt sich die höchste Unwahrscheinlichkeit des Gelingens. Gelingt es aber doch, so wird die Erfindung in der Kriegsgeschichte Epoche machen. Man will aber früher Mailgbera erobern, und dann von Mailgbera aus diese Luftbeschleßung bewerkstelligen. Jedoch dürfte auch ersteres nicht so leicht sein. Indessen rücken immer neue Truppenabtheilungen mit Kriegsmaterial heran; Padua, Treviso und die ganze Umgegend ist mit Soldaten überfüllt; in letzterer Stadt hat Haynau das Commando übernommen. In den Gewässern Venedigs liegt die sardinische Flotte vor Anker: sie hat Verstärkungen erhalten, und es heißt, Albini wolle, falls Venedig angegriffen würde, die Feindseligkeiten gegen Triest eröffnen. Die Wahlen für die Nationalversammlung sind, wie verlautet, zu Ende. In den meisten Bezirken wurden die Triumvirten auch zu Volksvertretern gewählt. Die Beiträge zur Unterstützung der venetianischen Regierung nehmen immer mehr zu; darunter nicht wenige von den Einwohnern des Festlandes, welche aber in den Verzeichnissen immer als anonym erscheinen.

**Posen, 9. Febr.** Heute Mittag hat endlich der Staatsanzeiger uns die lang und sehnlich erwartete, freudige Nachricht gebracht, daß die Schächer-Bernsteinsche Demarcationslinie mit großer Stimmenmajorität von der deutschen Nationalversammlung zu Frankfurt angenommen worden ist. Der Jubel darüber ist bei allen Deutschen unbeschreiblich, die Polen dagegen zeigen finstern Unmuth oder affectiven Gleichgültigkeit, die ihrem Innern fremd ist. Unsere Regierung, die nunmehr mit der Reorganisation von Polnisch-Posen vorgehen muß, kommt in große Verlegenheit, da es ihr an den nöthigen Beamten, die sowohl die Reigung haben, in diesem Landestheile zu fungiren, als auch die unerläßliche Kenntniß der polnischen Sprache besitzen, durchaus fehlen wird; weder Justiz, noch

Administrationsbeamte wollen in eine Versekung nach der neuen Hauptstadt Gnesen, wodurch sie vom deutschen Vaterlande gänzlich getrennt sein würden, willigen; und die dort bereits Angestellten verlangen ihre Rückversekung in die alten Provinzen. Die schwierigste, ja eine fast gar nicht zu lösende Aufgabe bieten die Verhältnisse der hiesigen Landschaft dar, indem das ländliche Hypothekenwesen von Polnisch-Posen unmöglich mit dem einer nunmehr deutschen Provinz vereinigt bleiben kann, eine Trennung aber zu endlosen Verwickelungen und zugleich zu einer, Verarmung zur unabweislichen Folge habenden Entwirkung der Grundstücke in Polnisch-Posen führen muß. Wer wird künftig dort Capitalien anlegen wollen? — Wie verlautet, wird eine eigene Regierung und ein selbstständiges Obergericht in Gnesen hergestellt werden, welche Stadt nunmehr auch ein polnisches Gymnasium erhalten soll. Ob jedoch das Bromberger Obergericht und das hiesige polnische Gymnasium nur dahin verlegt werden sollen, darüber ist Näheres noch durchaus nicht bekannt; jedenfalls wird jedoch die alte polnische Hauptstadt mit ihrem herrlichen Dom zu neuem Glanze erblühen, wie denn überhaupt der abgetrennte polnische Landstrich der fruchtbarste Theil des ganzen Großherzogthums ist. — Was unsere Freude über die endliche Sanctionirung der Demarcation heute trübt, ist das hier verbreitete Gerücht, daß unser Gouvernement ernstlich mit dem Gedanken umgehen soll, den Provinzialverband aufzulösen und Deutsch-Posen zu zerstückeln: der südliche und mittlere Theil nebst Posen soll zu Schlesien, der Norden mit Bromberg zu Westpreußen, der Nordwesten mit der Stadt Meseritz zur Provinz Brandenburg geschlagen werden. Wir wollen diesem Gerücht noch keinen Glauben beimessen, das dahin führen könnte, die deutschen Einwohner, die sich in die hiesigen Provinzialverhältnisse seit 33 Jahren fest eingewohnt haben, ebenso zu erbittern, wie es die Polen schon sind, ohne daß dadurch irgend ein reeller Vortheil für das Gouvernement erzielt würde; denn sollten die Polen je in der Zukunft Gelegenheit finden, ihr Vaterland herzustellen, so werden sie sich wahrlich dadurch nicht davon abhalten lassen, daß ein Theil des einst polnischen Landes nunmehr Schlesien oder Brandenburg heißt. Die erste traurige Folge aber wäre der gänzliche Verfall der schönen Provinzialhauptstadt Posen, die ihre Größe und Blüthe nur durch den Zusammenfluß der Centralbehörden erlangt hat. — Ueber die Person des hier zu wählenden Deputirten zur ersten Kammer haben sich die achtzehn hiesigen Wahlmänner noch nicht einigen können, indem die Demokraten Hrn. Klobertus, die Conservativen Hrn. Jordan wählen wollen. Vermuthlich werden erstere siegen, da die vier polnischen Wahlmänner unter ihnen, die wegen ihrer geringen Zahl einen Deputirten ihrer Nationalität unmöglich durchbringen können, sich mit ihnen verbinden werden, wodurch die acht conservativen Wähler in die Minorität versetzt würden. Das Publikum verhält sich gleichgültig dabei, ja es würde es sogar gern sehen, wenn einige demokratische Elemente in die erste Kammer kämen, von der es befürchtet, daß sie sonst wirklich reactionär werden dürfte: die zweite Kammer dagegen wünscht man hier allgemein vorherrschend conservativ, weil es bei uns heißt: vestigia terrent.

**Leipzig, 11. Febr.** Die „Dtsch. Allg. Zeitung“ schreibt: Wie man hört, soll hier in den nächsten Tagen eine Conferenz von Mitgliedern der thüringischen Volksvertretung und des sächsischen Landtags stattfinden, bei der wohl auch der Anschluß von Thüringen an Sachsen mit besprochen werden wird.

**Stuttgart, 12. Febr.** In der heutigen Sitzung der Kammer der Abg. äußerte Bacher Zweifel über die Möglichkeit der Durchführung der Grundrechte, im Hinblick auf die preussische und österreichische Circularnote, worauf Staatsrath Römer entgegnete, daß das Ministerium seinen öffentlich vorgezeichneten Weg der Unterwerfung unter die Nationalversammlung unwandelbar fest gehen, und, wenn je unüberwindliche Schwierigkeiten sich zeigen würden, mit seinem Programm stehen oder fallen müßte. Der Abg. Reyscher kündigte eine Motion an über die Beziehungen der deutschen Einzelstaaten zu der Nationalversammlung. Hierbei erklärte Staatsrath Römer zum voraus, der Standpunkt der württembergischen Regierung sei ganz einfach dieser, daß sie weder auf die preussische Note noch auf die österreichische besonderes Gewicht lege und, vom allgemeinen deutschen Standpunkt ausgehend, nur die Politik befolge, daß Oesterreich bei Deutschland bleiben könne, was von der Kammer mit ungetheiltem Beifall aufgenommen wurde. — Eine Note der Kammer der Standesherren bräut den Wunsch aus, daß zur Erhaltung des bisherigen freundlichen Verhältnisses die zweite Kammer der ersten den nöthigen Stoff zur Verathung geben und auf jedwede thönlige Geschäftsbeschleunigung bedacht sein möge. Bei der Verhandlung über den Etat des Kriegsdepartements wurde das neu errichtete, vom Kriegsministerium abgesonderte Armee-corps-commando stark angegriffen als eine gegen die Reichsverfassung laufende und inconstitutionelle Stelle. Die Landesregierung, führte Bacher aus, könne die einzelnen Truppen als eigenes Corps mit eigenem Commando nimmermehr verwenden, nicht weniger erregte der Punkt Bedenken, daß bei außerordentlichen Fällen der Corpscommandant die ganze Truppenmacht ohne Rücksprache mit dem verantwortlichen Ministerium zu befehligen habe. Die stundenlange motivirte Abstimmung ging nicht ohne eine gewisse Gereiztheit und Persönlichkeiten vor sich, wie auch gleich von Anfang an der Kriegsminister von einer Feindseligkeit gegen den damaligen Inhaber der Stelle, welcher zugleich das 8. Armee-corps befehligt, sprechen zu müssen glaubte, und mit 57 gegen 18 Stimmen wurden die für die Stelle geforderten Kosten verweigert. — An dem erigirten Bedarf für die Reiterei (221,027 fl.) wurden mit Zustimmung des Kriegsministers 4000 fl. gestrichen, weil dieser der bisher abgesonderten Feldjägerschwabron eine andere Formation bei den Regimentern selbst zu geben versprach. Ebenso werden die bisher auf dem Höhenasperg stationirten Garnisoncompagnien von nun an in die Regimenter (eine besondere Straßcompagnie in die Bundes-



festung Ulm) eingetheilt werden, wodurch sich eine weitere Erspannung ergibt. Die Artillerie erfordert an Geld 136,739 fl., die Infanterie 576,647 fl. Der vermehrte Präsenzstand der Mannschaften und die Verrichtung von Wachdiensten, welche in Stuttgart als Kursposten angesehen werden, gab Veranlassung zu einer resultatlosen Debatte, welche namentlich bei dem Kriegsdepartement herbeizuführen manche unserer Abgeordneten besonders stark zu sein scheinen. Für das Plagiatpersonal werden 5698 fl. verwilligt; die Kosten der Kasernierung sind zu 88,736 fl. berechnet, die der militärischen Krankenpflege, wozu der Aufwand für einen Kranken täglich 41 fr. beträgt, auf 38,000 fl. Der Abg. Süsskind bedauert es als ein Zeichen der Zerrissenheit Deutschlands, daß das 2. württembergische Reiterregiment eine österreichische Tropa als Standarte auf seinem Zuge nach Schleswig mitgeführt habe.

**\* Vom Oberheim, 11. Febr.** Wenn die gerechte Erwartung der Nation auf baldige Herstellung einer tauglichen Einheitsform in Erfüllung geht, so wissen wir jetzt, daß es ohne Oesterreichs Zustimmung geschehen muß. Der österreichischen Erklärung vom 4. Febr. schweben noch verschiedene „Phasen“ vor, welche das Verfassungswerk zu durchlaufen habe; sie spricht von einem stufenweisen Gange, der beginnt mit dem aufrichtigen Willen sich anzunähern, und allmählig übergeht zum wirklichen engen Verbande; ein solcher Gang, sagt sie uns, gehöre nicht in das Reich der Träume, und wir geben zu, es wäre — der Traum von einem Reiche. Gern erwartet das österreichische Cabinet, „daß wenn die von der Versammlung zu beschließende Verfassung der deutschen Regierung zur Vereinbarung vorliegen wird, eine nach allen Seiten hin befriedigende Verständigung erzielt werden könne.“ Aus diesen und ähnlichen Stellen der Note erhellt, daß Oesterreich das Ziel des deutschen Verfassungswerkes in ziemlich weite Ferne zu rücken sucht. Was die Reichsversammlung beschließt, das sind Wünsche, denen man bereitwillig entspricht, wenn sie so ausfallen, wie die Spitze der provisorischen Centralgewalt, denen man aber nicht entspricht, wenn sie die Gesetzgebung betreffen, oder wenn sie eine Aenderung des Bundesverhältnisses bezwecken, welches einen wesentlichen Bestandtheil der europäischen Verträge bildet, zu deren Garantien bekanntlich auch Rußland gehört. Es leidet keinen Zweifel, die Hoffnung des Cabinets von Olmütz, daß seine Aufrichtigkeit und Bereitwilligkeit hinreichend gewürdigt werden möge, wird nicht getäuscht werden. Oesterreich will Zeit gewinnen, um die deutsche Verfassung so zu gestalten, daß sie dem alten Bunde möglichst ähnlich sehe. Aber Deutschland hat keine Zeit zu verlieren, um seine Einheit so zu begründen, daß die nationalen Interessen im Innern und nach Außen zur Geltung gelangen. Ist Oesterreich durch das Verhältniß zu seinen nicht deutschen Bestandtheilen, oder durch die Unmöglichkeit einer Unterordnung des Kaisers unter die von einem andern deutschen Fürsten gehandhabte Centralgewalt, oder durch irgend sonstige Beweggründe verhindert, die Verfassung, wie sie von der Reichsgewalt nach vorgängiger Verständigung mit den Regierungen beschlossen werden wird, anzunehmen, so sind die übrigen deutschen Staaten weder durch die Bundesacte verpflichtet, noch durch ihre eigenthümlichen Verhältnisse berechtigt, sich der engeren Verbindung zu entschlagen, vorausgesetzt, daß dieselbe dem Bundeszwecke und dem Bundesverhältnisse Oesterreichs nicht zuwider läuft. Die „Könige Deutschlands“ mögen sich nicht in Versuchung führen lassen, die angebotene Verständigung mit Oesterreich dem angebotenen offenen Wege zur Begründung der Einheit vorzuziehen. Die Congresspolitik in ihrer Anwendung auf die Gegenwart, könnte sich als ein Fehler erweisen. Die deutschen Staaten, deren Oberhäupter nicht den Königstitel führen, werden den Wink nicht unbeachtet lassen, der ihnen zeigt, daß ihr Interesse, im Einflange mit dem Interesse der Nation, keine Abweichung von der Richtung erlaubt, welche die deutsche Verfassung durch die Reichsversammlung begründet haben will. Die Unterthanen der Könige Deutschlands aber werden begreifen, daß das Ziel der Verständigung zwischen Kaisern und Königen der „persönlichen Freiheit“ nicht besonders günstig sein kann. Wenn das österreichische Cabinet im Namen der persönlichen Freiheit gegen das Verfassungswerk auftritt, so erinnern wir uns, daß die Russen im Namen der politischen Freiheit gegen die polnische Einheit aufgetreten sind. Die Beschlüsse der Gesamtvertretung der Nation müssen von Allen anerkannt werden. Jedes Abweichen von dieser Bahn, alles Verabreden unter Einzelnstaaten gegen den Ausdruck des Gesamtwillens der Nation, ist geradezu verderblich und führt zur Theilung. Möge die Reichsversammlung muthig vorwärts schreiten, ohne Säumen und unbeirrt durch Einwirkungsversuche, dann wird sie ihr Werk, das unter den Augen des Volks entstanden und vorgeschritten ist, zum guten Ziele führen.

**Italien.**  
**Venedig, 8. Febr.** (Basl. Z.) Seit einigen Tagen ist der sardinische Admiral Albini hier; er kam auf einem Dampfer von Ancona über Trieste. Manin wurde in 8, Cavedalis in 7 und Tomaseo ebenfalls in 7 Wahlkreisen gewählt.

**Neapel, 1. Febr.** Der Tag der Kammereröffnung ist ohne Störungen vorübergegangen, wiewohl das Volk sehr aufgeregert war.

### Frankreich.

**K Paris, 11. Febr.** Die Rente fiel heute an der kleinen Börse der Passage de l'Opera auf 78. 40, weil man Befürchtungen hegte, es würden am Dienstag bei der dritten Beratung über den Rataurischen Antrag die Amendements, welche darauf hinausgehen, das Budget vor dem Wahlgesetz votiren zu lassen, also die Dauer der Nationalversammlung wiederum zu verlängern, angenommen werden. Allein schon nach zwei Stunden stiegen die Course mit einem einzigen Schlage auf 78. 80 und zwar auf Grund des Eindrucks, welchen eine auf dem Marsfelde von dem Präsidenten der Republik in Begleitung Changanier's über vier Infanteriebrigaden abgehaltene Revue und die dabei wahrgenommene

Haltung der Truppen hervorbrachte. Wie man wissen will, hat die Bank gestern für fünf Millionen Renten, die ihr von der Regierung als Unterpfand für die Anleihe von 130 Millionen zugestellt worden waren, verkaufen lassen. Es wird berichtet, daß diese Verkäufe jedesmal, wenn der Cours nahe an 80 stehen wird, sich wiederholen sollen.

Das Ministerium hat den hervorragenden Gliedern des hiesigen deutschen Vereins, Hermann Ewerbeck, Sebastian Seiler, Moses Hess u. A. gestern Abend den Befehl zu stellen lassen: Paris binnen 24 Stunden, und das Gebiet der Republik in der möglichst kurzen Frist zu verlassen, widrigenfalls sie durch Gensdarmen fortgebracht werden würden. Herrmann Ewerbeck hat an den Minister des Innern, Leon Faucher, folgende Protestation gerichtet. An den Bürgerminister des Innern! Ich erhielt diesen Abend von dem Polizeicommissarius meines Stadtviertels den Befehl, das Seine-Departement binnen 24 Stunden und das französische Gebiet in der kürzesten Frist zu verlassen. Dieser Befehl ist auf einen von Ihnen gefassten Beschluß vom 26. Januar gestützt, worin Sie sagen, daß ich preussischer Unterthan sei, daß meine Gegenwart für die Ordnung und den öffentlichen Frieden gefährlich, und daß Sie mich auf Grund des bekannten Vendemiairesgesetzes gegen die Fremden aus dem Lande weisen. Hierauf habe ich die Ehre, Ihnen zu erwidern, Bürgerminister, daß ich kein preussischer Unterthan mehr bin, sondern seit dem 19. April 1848, kraft eines Erlasses des provisorischen Regierungsgliedes, des Justizministers Cremieux, die Rechte eines französischen Bürgers genieße, — Rechte, die ich seit jener Epoche wirklich ausübte, wie Sie sich durch ihre Agenten aus den officiellen Wahllisten überzeugen können. Gruß und Brüderchaft. Paris, 10. Febr. 1849. (gez.) Hermann Ewerbeck.

Es stehen diese Ausweisungen in Zusammenhang mit den betriebs des letzten Complots gemachten Entdeckungen. Wie wenig die Urheber desselben auf ein Gelingen rechnen konnten, geht am deutlichsten aus der Stimmung hervor, die sich überall kund gibt. So werden Sammlungen veranstaltet, um dem General Changanier für die von ihm bewiesene Energie einen Ehrensäbel zu verehren, und an Bugeaud werden Adressen vorbereitet, um ihm für seine in Bourges und Lyon gehaltenen Reden zu danken.

Das Journal „Le Peuple“ ist heute abermals in Beschlag genommen worden.

Die Promenade des Fastnachtssohns durch die Straßen von Paris findet auf Anordnung der Regierung der öffentlichen Ruhe wegen in diesem Jahre nicht statt.

### Großbritannien.

**London, 10. Febr.** Antlich ist bekannt gemacht worden, daß eine Deputation, welche der Königin Adressen oder Petitionen überreichen will, nicht mehr als vier Personen zählen darf. — Nach dem Wochenberichte der Bank von England hat ihr Metallvorrath und ihre activer Notenumlauf etwas zugenommen; ersterer betrug 15,105,764 und letzterer 18,777,385 Pfd. St.

Im Oberhause wurde gestern der Antrag Lord Lansdowne's auf Ernennung eines Comite's zur Untersuchung der Wirksamkeit des Armengesetzes in Irland genehmigt, nachdem Lord Stanley erklärt hatte, daß die Maßregel nur unnötig verzögern, sonst aber nichts Gutes bewirken werde.

Im Unterhause beantragte Lord J. Russell die zweite Verlesung der Bill für fernere Suspension der Habeas-Corpus-Acte in Irland. Sir R. Peel unterstützte die zweite Verlesung, weil er fest glaube, daß eine Erneuerung der Befürchtungen zu erwarten sei, wenn man die Suspensionsacte schon jetzt außer Kraft setze. Nicht aus Vertrauen auf irgend Jemand unterstützte er die Bill, sondern weil die Maßregel zur Aufrechterhaltung des Gesetzes und Aufhebens der Krone leider notwendig sei. Die zweite Verlesung der Bill wurde hierauf mit 275 gegen 33 Stimmen genehmigt und die Sitzung geschlossen, nachdem noch die Bill wegen des inländischen Einkommens durchs Comite gegangen war.

### Nachricht.

Se. kaiserl. Hoh. der Erzherzog-Reichsverweser haben eine ziemlich ruhige Nacht zugebracht. Gestern war der hohe Patient 2 Stunden außer dem Bette, wobei sich Se. kaiserl. Hoheit wohl fühlte.

Frankfurt a. M., 14 Februar 1849.

Dr. Taubes, kaiserlicher Rath.

**\* Frankfurt, 13. Febr.** Mit der Ankunft des heute hier erwarteten Grafen v. Rechberg wird einer weiteren Erklärung des kaiserlich österreichischen Cabinets in der Verfassungsfrage entgegenzusehen. Wie es heißt, werden die mit Ueberreichung der österreichischen Note an die königlichen Höfe beauftragt gewesenen kaiserlichen Bevollmächtigten nach Vollendung ihrer Mission sich hier vereinigen. Darunter befindet sich der nach Hannover deputirte bisherige k. k. Geschäftsträger am k. bayerischen Hofe, Freiherr von Brenner, ein näher Verwandter des Grafen v. Münch-Bellinghausen. — In gewissen Kreisen will alles Vertrauen auf eine glückliche Lösung unserer schwierigen Lage schwinden. Ja, es gibt Personen, welche in dem offenen Gegensatz der Noten von Potsdam und von Olmütz ein abgekartetes Spiel sehen, um die Meinung herabzustimmen und der Cabinetspolitik den Triumph einer scheinbar im Interesse Deutschlands durch wechselseitige Nachgiebigkeit und Selbstüberwindung bewirkten Ausöhnung zu verschaffen. — Einigermassen im Widerspruch damit stehen die verbürgten Nachrichten von solchen Rüstungen Oesterreichs, wie sie seit 1809 in gleicher Ausdehnung nicht mehr stattgefunden, und die weder durch die Lage des fast unterworfenen Ungarns, noch, bei Frankreichs friedlichen Gesinnungen, durch die Angelegenheiten in Italien erfordert werden. Durch die Verordnung, daß alle Infanterie-Regimenter auf sechs Bataillone gebracht werden, erlangt die österreichische Armee einen Effectivbestand, wie keine andere in Europa. Auch von größeren Rüstungen in Preußen wird gesprochen, insbesondere von Armirung sämtlicher Festungen. Während man noch vor einigen Tagen von Vertagung des Termins zur Eröffnung des preussischen Reichstags als von einer ausgemachten Sache sprach, ist es jetzt ganz still davon geworden und man neigt

sich zu der Ansicht, daß es bei der ersten Festsetzung bewenden werde.

**Wien, 8. Febr.** Das hiesige Großhaus Sina hat durch Circular die Frankfurter Bankiers in Kenntniß gesetzt, daß es im Verein mit den Häusern Rothschild und Stieglitz das neue österreichische Anleihen von 40 bis 60 Millionen Gulden C.-M. abgeschlossen habe.

**Berlin, 12. Febr.** Bei den heute Morgen vollzogenen Wahlen der Abgeordneten zur ersten Kammer sind hier gewählt worden: Erster Wahlbezirk: Staatsminister Camphausen, Oberst Griesheim. Zweiter Wahlbezirk: Generalleutnant Kühne, Fabrikant Dannenberg, Oberst Griesheim.

**X Koblenz, 13. Febr.** In dem benachbarten Wahlbezirk Mayen sind die Wahlen für die erste Kammer zu Gunsten der Demokraten ausgefallen, indem daselbst der Gutsbesitzer Raffauf von Wolfen, hier für die zweite Kammer gewählt, und der Advocat Duadflieg zu Aachen zu Abgeordneten für die erste Kammer gewählt worden sind. Im Wahlbezirk Altenkirchen gingen dagegen bei der gestrigen Wahl der geheime Oberrevisionsrath Frech zu Berlin und der Oberberggrath Böcking zu Saarbrücken als Deputirte für die erste Kammer aus der Wahlurne hervor.

**Köln, 12. Febr.** Bei der heute hier stattgehabten Wahl wurden als Abgeordnete zur ersten Kammer für den Stadt- und Landkreis Köln, so wie die Kreise Bonn, Rheinbach, Euskirchen, Bergheim gewählt: Rentner Heinrich von Wittgenstein, Gutsbesitzer Phil. von Remps zu Kendenich, Staatsminister Lud. Camphausen. Zu Deutz für die Kreise Mülheim, Wipperfurth, Gummersbach, Waldbröl, Sieg: Professor Dahmann, Landrath Schröder zu Euskirchen.

Heute Morgen ist von hier aus eine halbe Batterie Geschütz unter Cavalleriebedeckung nach Aachen abgesandt worden, um in zwei Tagesmärschen dort einzutreffen. Obgleich mehrere Dislocirungen in der Artillerie vorgenommen werden, bringt man die erwähnte doch mit dem Gerüchte von einem Congress von Demokraten verschiedener Nationalitäten in Verbindung, der in Briviers gehalten, vielleicht auch einen Putz vorbereiten soll.

**† Düsseldorf, 12. Febr.** Bei den heute stattgehabten Wahlen der Deputirten für die erste Kammer für den Düsseldorf-Duisburger Wahlbezirk wurden die Herren Bankdirector Hansemann und Reichsfinanzminister v. Beckerath gewählt. In Neuss fiel die Wahl ebenfalls auf Herrn Hansemann und den Ministerialrath Brüggemann in Berlin.

**\* München, 12. Febr.** Die Ministerkrisis ist noch immer nicht vorüber. Wie es heißt, werden die Minister Lesuire und Weigand bleiben. Die Kammer soll auf sechs Wochen vertagt, nicht aufgelöst werden. Das Project eines Fackelzugs von der Linken oder für sie scheint vorerst ausgegeben zu sein.

### Börsenberichte.

**Frankfurt, 13. Febr.** Von österreichischen Fonds bleiben 3pEt. Metall. 75<sup>3</sup>/<sub>4</sub> pEt., 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub> pEt. 39<sup>3</sup>/<sub>4</sub> pEt. G., Wiener Bankactien 117<sup>1</sup>/<sub>2</sub> fl. G., 500 fl. Loose 127<sup>1</sup>/<sub>2</sub> pEt., 250 fl. Loose 89<sup>1</sup>/<sub>2</sub> pEt. Geld. Von den übrigen Anleihenloosen Kurseff. 40 Rthlr. Loose fest im Cours: 27<sup>3</sup>/<sub>4</sub> Rthlr. G., Badische 35 fl. Loose auch fest: 28<sup>3</sup>/<sub>4</sub> fl. G., Darmstädter 25 fl. Loose 25<sup>1</sup>/<sub>2</sub> fl., do. 50 fl. Loose 49 fl., Nassauer 25 fl. Loose 20<sup>3</sup>/<sub>4</sub> fl., Sardinische Loose 27<sup>3</sup>/<sub>4</sub> fl., Poln. 500 fl. Loose 75 Rthlr. G. Sämmtliche süddeutsche Obligationen allgemein gefragt: 4<sup>1</sup>/<sub>2</sub> pEt. Württemberger 94 pEt., 3<sup>1</sup>/<sub>2</sub> pEt. do. 78<sup>3</sup>/<sub>4</sub> pEt., Badische 3<sup>1</sup>/<sub>2</sub> pEt. 78 pEt., do. v. J. 1848 98<sup>1</sup>/<sub>2</sub> pEt., Nassauer 3<sup>1</sup>/<sub>2</sub> pEt. 81<sup>1</sup>/<sub>2</sub> pEt., do. 5pEt. v. J. 1849 99<sup>1</sup>/<sub>2</sub> pEt. G. Von belgischen Obligationen: 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub> pEt. 42<sup>3</sup>/<sub>4</sub>, 4<sup>1</sup>/<sub>2</sub> pEt. do. 81<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, 5pEt. do. 88. Holl. 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub> pEt. 49<sup>1</sup>/<sub>2</sub> pEt. G. Von Eisenbahnen fr. W.-Nordb. 37<sup>3</sup>/<sub>4</sub> Rthlr., Verbach 71 pEt., Köln-Minden 79pEt., Hannus 283 fl. G. Von spanischen Papieren 5pEt. Arboins 15<sup>3</sup>/<sub>4</sub> pEt., 3pEt. inländ. Span. lebhafte begehrt, 21<sup>1</sup>/<sub>2</sub> pEt. G. Von Wechseln London 120<sup>3</sup>/<sub>4</sub> G., Paris 95 G., Amsterdam 100<sup>3</sup>/<sub>4</sub> G., Kurz Mailand angeboten, Lange Sicht gefragt. Alle Devisen in langen Sichten fortwährend zur Gelbanlage gesucht. Abends in der Effectensocietät wurden 3pEt. inländ. Span. zu 21<sup>1</sup>/<sub>2</sub> pEt. verhandelt.

**Wien, 9. Febr.** 5pEt. Metall. 81<sup>1</sup>/<sub>4</sub> — 4pEt. 66. — 3pEt. — 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub> pEt. 44<sup>3</sup>/<sub>4</sub>. — Bankactien 1100. — 500 fl. Loose 145. — 250 fl. Loose 90<sup>1</sup>/<sub>2</sub>. — Nordbahnactien 99<sup>3</sup>/<sub>4</sub>. — Gloggnitzer 96. — Mailänder 66<sup>1</sup>/<sub>2</sub>.

Fonds und Actien matter bei schwachem Geschäft; in Wechsel außer London wenig Umsatz; die meisten jedoch ebenso wie Gold begehrt.

**Berlin, 12. Febr.** Staatsanleihe 80<sup>1</sup>/<sub>4</sub> bez., Seehandlungsprämienanleihe 98<sup>1</sup>/<sub>2</sub> bez. u. G., Bankactien 90<sup>3</sup>/<sub>4</sub> bez. (ohne Divid.), Berlin-Pamb. 59<sup>1</sup>/<sub>4</sub> bez. u. G., Köln-Minden 78<sup>3</sup>/<sub>4</sub> bez. u. G., Friedr.-Wilh.-Nordb. 37<sup>3</sup>/<sub>4</sub> bis 38<sup>1</sup>/<sub>4</sub> bez., Rheinische 51<sup>1</sup>/<sub>2</sub> etw. bez. und Br., Thüringische 51 bez., Ruff. 4pEt. bei Stieglitz 38<sup>1</sup>/<sub>4</sub> bez. u. G., Poln. 500 fl. Loose 74<sup>1</sup>/<sub>2</sub> u. 75 bez., dito 300 fl. Loose 103<sup>3</sup>/<sub>4</sub> Br., Neue Bad. Anleihe à 35 fl. 16<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Br. 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Geld.

Bei recht lebhaftem Geschäftsverkehr vermehrte sich die günstige Tendenz der vorigen Woche heute noch bedeutend; vorzugeweise wurden die ausländ. Fonds höher bezahlt. Die Course der Eisenbahnactien waren gleichfalls fest und einige zu besserem Preise gefragt.

**Amsterdam, 11. Febr., 4 Uhr.** 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub> pEt. Integr. 49<sup>3</sup>/<sub>4</sub>, 9<sup>1</sup>/<sub>16</sub> — 5pEt. Arb. 11<sup>1</sup>/<sub>16</sub> — do. à 510 Pf. Et. 11<sup>1</sup>/<sub>16</sub>, 11<sup>1</sup>/<sub>16</sub>, 8<sup>1</sup>/<sub>16</sub>, 9<sup>1</sup>/<sub>16</sub> — 3pEt. inländ. à 6000 fl. 21<sup>3</sup>/<sub>8</sub>, 7<sup>1</sup>/<sub>16</sub>, 3<sup>1</sup>/<sub>8</sub>, 11<sup>1</sup>/<sub>16</sub>, 8<sup>1</sup>/<sub>16</sub>, 9<sup>1</sup>/<sub>16</sub> — 3pEt. Port. 25<sup>7</sup>/<sub>8</sub> — 4pEt. do. 26<sup>7</sup>/<sub>8</sub>. — 5pEt. Metall. 72<sup>1</sup>/<sub>2</sub>. — 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub> pEt. do. 33<sup>3</sup>/<sub>4</sub>.

Das Augenmerk unserer Speculanten ist bloß auf Spanien gerichtet, worin heute wieder bedeutende Partien umgesetzt wurden. Nach anfänglich sehr günstigen Stimmung bleiben die Course beinahe ganz wieher wie gestern. Der Handel in allen übrigen notirten Fonds war von keinem Belang, mit Ausnahme von Peruanern, wo viel gethan wurde.

**London, 10. Febr.** 3pEt. Stacks 93<sup>1</sup>/<sub>4</sub>. — 5pEt. Span. 18. — Neue 3pEt. 30. — 4pEt. Portug. — 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub> pEt. Holländ. 50<sup>1</sup>/<sub>2</sub>.

**Madrid, 5. Febr.** 3pEt. 2<sup>1</sup>/<sub>8</sub> comptant, n. d. B. 2<sup>1</sup>/<sub>16</sub>, 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Geld. — 5pEt. 10<sup>1</sup>/<sub>2</sub> G.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. P. Matlen.

*Unvollständig. Inanständig und fern*



(Nebst Konversationsblatt und Beilage.)